Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1847**

15. Wahlperiode 28. 10. 2003

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Oktober 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bosnien und Herzegowina über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Problem und Ziel

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Eigentumsschutz und Entschädigungspflicht im Falle von Enteignungen sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Kein Vollzugsaufwand

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht. Ebenso ergeben sich keine Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 27. Oktober 2003

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Wolfgang Thierse
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Oktober 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bosnien und Herzegowina über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend sind das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und das Auswärtige Amt.

Der Bundesrat hat in seiner 792. Sitzung am 17. Oktober 2003 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Schröder

Entwurf

Gesetz
zu dem Vertrag vom 18. Oktober 2001
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Bosnien und Herzegowina
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 18. Oktober 2001 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bosnien und Herzegowina über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen, entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Bosnien und Herzegowina schafft.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bosnien und Herzegowina über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Treaty between the Federal Republic of Germany and Bosnia and Herzegovina concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments

Die Bundesrepublik Deutschland

und

Bosnien und Herzegowina –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, dass eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand der Bevölkerung beider Staaten zu mehren –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfasst der Begriff „Kapitalanlagen" Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
   a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
   b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
   c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
   d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
   e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;

   eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

The Federal Republic of Germany

and

Bosnia and Herzegovina –

desiring to intensify economic co-operation between both States,

intending to create favourable conditions for investments by investors of either State in the territory of the other State,

recognizing that the encouragement and contractual protection of such investments are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of the people of both States –

have agreed as follows:

Article 1

Definitions

For the purposes of this Treaty

1. the term "investments" comprises every kind of asset, in particular:
   (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
   (b) shares of companies and other kinds of interest in companies;
   (c) claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
   (d) intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility-model patents, industrial designs, trademarks, trade-names, trade and business secrets, technical processes, know-how, and good will;
   (e) business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources;

   any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment;

2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Investor“
   a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
      – Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
      – jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
   b) in Bezug auf Bosnien und Herzegowina:
      – natürliche Personen, die in Übereinstimmung mit den Gesetzen von Bosnien und Herzegowina dessen Staatsangehörige sind und die in Bosnien und Herzegowina ihren ständigen Wohnsitz oder ihren Hauptgeschäftsort haben,
      – juristische Personen, gegründet in Übereinstimmung mit den Gesetzen von Bosnien und Herzegowina, deren Sitz oder zentrale Verwaltung sich im Hoheitsgebiet von Bosnien und Herzegowina befindet;
4. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“
   a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

      ihr Hoheitsgebiet sowie die Gebiete der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht die Ausübung souveräner Rechte oder Hoheitsbefugnisse in diesen Gebieten erlaubt,
   b) in Bezug auf Bosnien und Herzegowina:

      das gesamte Festland, das Küstenmeer und den Festlandsockel, den Untergrund und den Luftraum einschließlich jeder Meereszone, in denen Bosnien und Herzegowina nach seinen Gesetzen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse ausübt.

2. the term “returns” means the amounts yielded by an investment for a definite period, such as profit, dividends, interest, royalties or fees;
3. the term “investor” means
   (a) in respect of the Federal Republic of Germany:
      – Germans within the meaning of the Basic Law for the Federal Republic of Germany,
      – any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit,
   (b) in respect of Bosnia and Herzegovina:
      – natural persons holding the nationality of Bosnia and Herzegovina in accordance with the laws of Bosnia and Herzegovina and having their permanent residence or main place of business in Bosnia and Herzegovina,
      – juridical persons established in accordance with the laws of Bosnia and Herzegovina and having their seat or central administration in the territory of Bosnia and Herzegovina;
4. the term “territory” means
   (a) in respect of the Federal Republic of Germany:

      its territory and the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas,
   (b) in respect of Bosnia and Herzegovina:

      the continental territory as a whole, the territorial sea and the continental shelf, the subsoil and the airspace including all maritime zones within which Bosnia and Herzegovina exercises sovereign rights or jurisdiction under its laws in conformity with international law.

Artikel 2

Förderung und Schutz von Kapitalanlagen

(1) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften zulassen.

(2) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in jedem Fall gerecht und billig behandeln und ihnen den vollen Schutz dieses Vertrags gewähren.

(3) Ein Vertragsstaat wird die Verwaltung, die Erhaltung, den Gebrauch und die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats oder die Verfügung darüber in seinem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(4) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Article 2

Encouragement and Protection of Investments

(1) Each Contracting State shall in its territory promote as far as possible investments by investors of the other Contracting State and admit such investments in accordance with its legislation.

(2) Each Contracting State shall in its territory in any case accord investments by investors of the other Contracting State fair and equitable treatment as well as full protection under this Treaty.

(3) Neither Contracting State shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use, enjoyment or disposal of investments in its territory of investors of the other Contracting State.

(4) Returns from the investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the investment.

Artikel 3

Inländerbehandlung und Meistbegünstigung

(1) Jeder Vertragsstaat behandelt Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter der Kontrolle von Investoren des anderen Vertragsstaats stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten, je nachdem, welche Behandlung für die jeweilige Kapitalanlage günstiger ist.

Article 3

National Treatment and Most-Favoured-Nation Treatment

(1) Neither Contracting State shall subject investments in its territory owned or controlled by investors of the other Contracting State to treatment less favourable than it accords to investments of its own investors or investors of any third State, whichever is more favourable for the investment concerned.

(2) Jeder Vertragsstaat behandelt Investoren des anderen Vertragsstaats hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit den in Absatz 1 genannten Kapitalanlagen nicht weniger günstig als seine eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten, je nachdem, welche Behandlung für den Investor günstiger ist.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten wegen seiner Mitgliedschaft in oder seiner Assoziierung mit einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

Schutz von Kapitalanlagen und Enteignungsentschädigung

(1) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats genießen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren eines Vertragsstaats dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung direkt oder indirekt enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muss dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muss effektiv verfügbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme, die entsprechenden Verfahren und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren eines Vertragsstaats, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als seine eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren eines Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats Meistbegünstigung.

Artikel 5

Transfer

Jeder Vertragsstaat gewährleistet den Investoren des anderen Vertragsstaats den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;

b) der Erträge;

c) zur Rückzahlung von Darlehen;

d) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;

e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

(2) Neither Contracting State shall subject investors of the other Contracting State, as regards their activity in connection with investments mentioned in paragraph (1) of this Article, to treatment less favourable than it accords to its own investors or to investors of any third State, whichever is more favourable for the investor.

(3) Such treatment shall not relate to privileges which either Contracting State accords to investors of third States on account of its membership of, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The treatment granted under this Article shall not relate to advantages which either Contracting State accords to investors of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

Article 4

Protection of Investments and Compensation for Expropriation

(1) Investments by investors of either Contracting State shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting State.

(2) Investments by investors of either Contracting State shall not be directly or indirectly expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting State except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the expropriated investment immediately before the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure has become publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Provision shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure, the relevant procedures and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Investors of either Contracting State whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting State owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting State than that which the latter Contracting State accords to its own investors as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Investors of either Contracting State shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting State in respect of the matters provided for in this Article.

Article 5

Transfer

Each Contracting State shall guarantee to investors of the other Contracting State the free transfer of payments in connection with an investment, in particular

(a) of the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;

(b) of the returns;

(c) in the repayment of loans;

(d) of the proceeds from the liquidation or the sale of the whole or any part of the investment;

(e) of the compensation provided for in Article 4.

Artikel 6

Subrogation

Leistet ein Vertragsstaat seinen Investoren Zahlungen aufgrund einer übernommenen Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats, so erkennt dieser andere Vertragsstaat, unbeschadet der Rechte des erstgenannten Vertragsstaats aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf den erstgenannten Vertragsstaat an. Ferner erkennt der andere Vertragsstaat den Eintritt des erstgenannten Vertragsstaats in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche der erstgenannte Vertragsstaat in demselben Umfang wie sein Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Article 6

Subrogation

If either Contracting State makes a payment to any of its investors under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting State, the latter Contracting State shall, without prejudice to the rights of the former Contracting State under Article 9, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim of such investor to the former Contracting State. The latter Contracting State shall also recognize the subrogation of the former Contracting State to any such right or claim (assigned claims) which that Contracting State shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 4 paragraph (2) and (3) as well as Article 5 shall apply mutatis mutandis.

Artikel 7

Durchführung des Transfers

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers geltenden Marktkurs. Als „unverzüglich durchgeführt“ gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(2) Gibt es keinen Devisenmarkt, so gilt der Kreuzkurs (cross rate), der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte, SZR, zugrunde legen würde.

Article 7

Conducting the Transfer

(1) Transfers under Article 4, paragraph (2) or (3), under Article 5 or Article 6 shall be made without delay at the market rate of exchange applicable on the day of the transfer. A transfer shall be deemed to have been made “without delay” if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted and shall on no account exceed two months.

(2) Should there be no foreign exchange market, the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights, SDR, shall apply.

Artikel 8

Anwendung weiterer Regeln

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren des anderen Vertragsstaats eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jeder Vertragsstaat wird jede andere Verpflichtung einhalten, die er in Bezug auf Kapitalanlagen von Investoren des anderen Vertragsstaats in seinem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Article 8

Application of Other Rules

(1) If the legislation of either Contracting State or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting States in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting State to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting State shall observe any other obligation it has assumed with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting State.

Artikel 9

Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen eines der beiden Vertragsstaaten einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, dass er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

Article 9

Settlement of Disputes between Contracting States

(1) Disputes between the Contracting States concerning the interpretation or application of this Treaty should as far as possible be settled by the governments of the two Contracting States.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall upon the request of either Contracting State be submitted to an arbitration tribunal.

(3) Such arbitration tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting State shall appoint one member, and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the governments of the two Contracting States. Such members shall be appointed within two months and such chairman within three months from the date on which either Contracting State has informed the other Contracting State that it intends to submit the dispute to an arbitration tribunal.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10

Beilegung von Streitigkeiten zwischen einem Vertragsstaat und einem Investor des anderen Vertragsstaats

(1) Streitigkeiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einem der Vertragsstaaten und einem Investor des anderen Vertragsstaats sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Streitigkeit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors des anderen Vertragsstaats einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Streitigkeit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Der an der Streitigkeit beteiligte Vertragsstaat wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, dass der Investor des anderen Vertragsstaats eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 11

Fortgeltung des Vertrags

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsstaaten diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 12

Protokoll

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 13

Inkrafttreten, Dauer und Beendigung des Vertrags

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(4) If the periods specified in paragraph (3) above have not been observed, either Contracting State may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting State or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting State or if he, too, is prevented from discharging the said function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting State should make the necessary appointments.

(5) The arbitration tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting State shall bear the cost of its own member and of its representatives in the arbitration proceedings; the cost of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by the Contracting States. The arbitration tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitration tribunal shall determine its own procedure.

Article 10

Settlement of Disputes between a Contracting State and an Investor of the Other Contracting State

(1) Disputes concerning investments between a Contracting State and an investor of the other Contracting State should as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the dispute cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of the investor of the other Contracting State, be submitted for arbitration. Unless the parties in dispute agree otherwise, the dispute shall be submitted for arbitration under the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

(3) The award shall be binding and shall not be subject to any appeal or remedy other than those provided for in the said Convention. The award shall be enforced in accordance with domestic law.

(4) During arbitration proceedings or the enforcement of an award, the Contracting State involved in the dispute shall not raise the objection that the investor of the other Contracting State has received compensation under an insurance contract in respect of all or part of the damage.

Article 11

Remaining in Force of the Treaty

This Treaty shall be in force irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting States.

Article 12

Protocol

The attached Protocol shall form an integral part of this Treaty.

Article 13

Entry into Force, Duration and Termination of the Treaty

(1) This Treaty shall be subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft. Nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht einer der beiden Vertragsstaaten den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden. Mit Inkrafttreten dieses Vertrags tritt der Vertrag vom 10. Juli 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bosnien und Herzegowina außer Kraft.

(3) Die Bestimmungen dieses Vertrags gelten vom Tag seines Inkrafttretens an auch für Kapitalanlagen, die unter den Schutz des Vertrags vom 10. Juli 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen fallen.

(4) Nach Kündigung dieses Vertrags gelten für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt seines Außerkrafttretens vorgenommen worden sind, die vorstehenden Artikel noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag seines Außerkrafttretens an.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the date of exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of ten years. Thereafter it shall be extended for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting State twelve months before its expiration. After the expiry of the period of ten years, this Treaty may be denounced at any time by either Contracting State giving twelve months' notice. With the entry into force of this Treaty, the Treaty of 10 July 1989 between the Federal Republic of Germany and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments shall expire, with respect to the Federal Republic of Germany and Bosnia and Herzegovina.

(3) The provisions of this Treaty shall also be effective from the date of the entry into force of this Treaty in respect of investments made under the Treaty of 10 July 1989 between the Federal Republic of Germany and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments.

(4) After denouncement of this Treaty, the preceding Articles shall continue to be effective for a further period of twenty years from the date of termination in respect of investments made prior to the termination of this Treaty.

Geschehen zu Berlin am 18. Oktober 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher, bosnischer, kroatischer, serbischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des bosnischen, kroatischen oder serbischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Done at Berlin on October 18, 2001 in duplicate in the German, Bosnian, Croatian, Serbian and English languages, all texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and the Bosnian, Croatian or Serbian texts, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Jürgen Chrobog

Für Bosnien und Herzegowina
For Bosnia and Herzegovina
Zlatko Lagumdzija

Protokoll
zum Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und Bosnien und Herzegowina
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Protocol
to the Treaty
between the Federal Republic of Germany
and Bosnia and Herzegovina
concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bosnien und Herzegowina über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger eines Vertragsstaats jede Person, die einen von den zuständigen Behörden des betreffenden Vertragsstaats ausgestellten Reisepass besitzt.

(2) Zu Artikel 3

a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Erhaltung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage sowie die Verfügung darüber anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Gesundheit der Bevölkerung oder der Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten einen Vertragsstaat nicht, steuerliche Vergünstigungen und Befreiungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auch auf im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats ansässige Investoren auszudehnen.

c) Die Vertragsstaaten werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das Gleiche gilt für Arbeitnehmer des einen Vertragsstaats, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

On signing the Treaty between the Federal Republic of Germany and Bosnia and Herzegovina concerning the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the plenipotentiaries, being duly authorized, have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Treaty:

(1) Ad Article 1

Without prejudice to any other method of determining nationality, in particular any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting State concerned shall be deemed to be a national of that Contracting State.

(2) Ad Article 3

(a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed “activity” within the meaning of Article 3 paragraph (2): the management, maintenance, use, enjoyment and disposal of an investment. The following shall, in particular, be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3: unequal treatment in the case of restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind, unequal treatment in the case of impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3.

(b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting State to extend to investors resident in the territory of the other Contracting State tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to investors resident in its territory.

(c) The Contracting States shall within the framework of their national legislation give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting State who wish to enter the territory of the other Contracting State in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting State who in connection with an investment wish to enter the territory of the other Contracting State and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given sympathetic consideration.

(3) Zu Artikel 5

Artikel 5 Buchstabe c bezieht sich nicht auf kommerzielle Kredite.

(4) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird ein Vertragsstaat die Transportunternehmen des anderen Vertragsstaats weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen, unbeschadet entsprechender zwei- oder mehrseitiger Übereinkünfte, die für beide Vertragsstaaten verbindlich sind.

(3) Ad Article 5

Article 5 sub-paragraph (c) does not apply to commercial loans.

(4) Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, each Contracting State shall neither exclude nor hinder transport enterprises of the other Contracting State and shall issue permits as required to carry out such transport without prejudice to relevant bilateral or multilateral agreements which are binding for both Contracting States.

Ugovor
između Savezne Republike Njemačke
i Bosne i Hercegovine
o podsticanju i međusobnoj zaštiti investicija

Ugovor
između Savezne Republike Njemačke
i Bosne i Hercegovine
o poticanju i međusobnoj zaštiti investicija

Уговор
између Савезне Републике Њемачке
и Босне и Херцеговине
о подстицању и међусобној заштити инвестиција

Savezna Republika Njemačka

i

Bosna i Hercegovina –

u želji da produbе privrednu saradnju između dvije države,

u namjeri da se stvore povoljni uslovi za investicije investitora jedne države na teritoriji druge države,

spoznajući da su podsticanje i zaštita ovih investicija putem ugovora pogodni za oživljavanje privatne privredne inicijative i porast standarda stanovništva u obje države –

postigle su dogovor o slijedećem:

Član 1.

Definicije

Za potrebe ovog Ugovora

1. pod pojmom „investicije“ podrazumijevaju se sredstva bilo koje vrste, a naročito:

Savezna Republika Njemačka

i

Bosna i Hercegovina –

u želji da produbе gospodarsku suradnju između dvije države,

u namjeri da se stvore povoljni uvjeti za investicije investitora jedne države na teritoriju druge države,

spoznajući da su poticanje i zaštita ovih investicija putem ugovora pogodni za oživljavanje privatne gospodarske inicijative i porast standarda stanovništva u obje države –

postigle su dogovor o sljedećem:

Članak 1.

Definicije

Za potrebe ovog Ugovora

1. pod pojmom „investicije“ podrazumijevaju se sredstva bilo koje vrste, a naročito:

Савезна Република Њемачка

и

Босна и Херцеговина –

у жељи да продубе привредну сарадњу између двије државе,

у намјери да се створе повољни услови за инвестиције инвеститора једне државе на територији друге државе,

спознајући да су подстицање и заштита ових инвестиција путем уговора погодни за оживљавање приватне привредне иницијативе и пораст стандарда становништва у обје државе –

постигле су договор о сљедећем:

Члан 1.

Дефиниције

За потребе овог Уговора

1. под појмом “инвестиције” подразумијевају се средства било које врсте, а нарочито

(a) svojina nad pokretnim i nepokretnim stvarima kao i ostala stvarna prava kao što su hipoteke i založna prava;

(b) pravo nad udjelima u preduzećima i druge vrste učešća u preduzećima;

(c) potraživanja novca koji je upotrijebljen kako bi se ostvarila neka privredna vrijednost ili potraživanja bilo kojeg izvršenja koje ima privrednu vrijednost;

(d) prava intelektualne svojine, a naročito autorska prava, patenti, korisni modeli, industrijski uzorci i modeli, znakovi, trgovački nazivi, trgovačke i poslovne tajne, tehnički postupci, know-how i goodwill;

(e) javno-pravne koncesije uključujući i koncesije za istraživanje i iskorištavanje prirodnih bogatstava;

promjena oblika ulaganja sredstava ne mijenja njihovo svojstvo investicije;

2. pojam „prihodi“ označava one iznose koji nastaju iz investicija u jednom određenom vremenskom periodu, kao što su udjeli u dobiti, dividende, kamate, licencne ili druge naknade;

3. pojam „investitor“ označava

(a) u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku:

– Nijemce u smislu Osnovnog zakona Savezne Republike Njemačke,

– svako pravno lice i trgovačko društvo ili drugo društvo ili udruženje sa ili bez svojstva pravnog lica koja imaju sjedište na teritoriji Savezne Republike Njemačke, bilo da je njihova djelatnost usmjerena na sticanje dobiti ili ne,

(b) u odnosu na Bosnu i Hercegovinu:

– fizička lica koja su u skladu sa zakonima Bosne i Hercegovine njeni državljani i koja u Bosni i Hercegovini imaju prebivalište ili svoje glavno mjesto poslovanja,

– pravna lica osnovana u skladu sa zakonima Bosne i Hercegovine i čije se sjedište, odnosno centralna uprava, nalaze na teritoriji Bosne i Hercegovine;

4. pojam „teritorija“ označava

(a) u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku:

njenu teritoriju, kao i područja isključive ekonomske zone i epikontinentalnog pojasa, ukoliko

(a) svojina nad pokretnim i nepokretnim stvarima kao i ostala stvarna prava kao što su hipoteke i založna prava;

(b) pravo nad udjelima u poduzećima i druge vrste učešća u poduzećima;

(c) potraživanja novca koji je upotrijebljen kako bi se ostvarila neka gospodarska vrijednost ili potraživanja bilo kojeg izvršenja koje ima gospodarsku vrijednost;

(d) prava intelektualne svojine, a naročito autorska prava, patenti, korisni modeli, industrijski uzorci i modeli, znakovi, trgovački nazivi, trgovačke i poslovne tajne, tehnički postupci, know-how i good will;

(e) javno-pravne koncesije uključujući i koncesije za istraživanje i iskorištavanje prirodnih bogatstava;

promjena oblika ulaganja sredstava ne mijenja njihovo svojstvo investicije;

2. pojam „prihodi“ označava one iznose koji nastaju iz investicija u jednom određenom vremenskom periodu, kao što su udjeli u dobiti, dividende, kamate, licencne ili druge naknade;

3. pojam „investitor” označava

(a) u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku:

– Nijemce u smislu Temeljnog zakona Savezne Republike Njemačke,

– svaku pravnu osobu i trgovačko društvo ili drugo društvo ili udruženje sa ili bez svojstva pravne osobe koje imaju sjedište na teritoriju Savezne Republike Njemačke, bilo da je njihova djelatnost usmjerena na stjecanje dobiti ili ne,

(b) u odnosu na Bosnu i Hercegovinu:

– fizičke osobe koje su, sukladno zakonima Bosne i Hercegovine, njeni državljani i koje u Bosni i Hercegovini imaju prebivalište ili svoje glavno mjesto poslovanja,

– pravne osobe osnovane sukladno zakonima Bosne i Hercegovine i čije se sjedište, odnosno centralna uprava, nalaze na teritoriju Bosne i Hercegovine;

4. pojam „teritorij“ označava

(a) u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku:

njen teritorij, kao i područja isključive gospodarske zone i epikontinentalnog pojasa, ukoliko

(a) својина над покретним и непокретним стварима као и остала стварна права као што су хипотеке и заложна права;

(b) право над удјелима у предузећима и друге врсте учешћа у предузећима;

(c) потраживања новца који је употријебљен како би се остварила нека привредна вриједност или потраживања било којег извршења које има привредну вриједност;

(d) права интелектуалне својине, а нарочито ауторска права, патенти, корисни модели, индустријски узорци и модели, знакови, трговачки називи, трговачке и пословне тајне, технички поступци, know-how и good will;

(e) јавно-правне концесије укључујући и концесије за истраживање и искориштавање природних богатстава;

промјена облика улагања средстава не мијења њихово својство инвестиције;

2. појам “приходи” означава оне износе који настају из инвестиција у једном одређеном временском периоду, као што су удјели у добити, дивиденде, камате, лиценцне или друге накнаде;

3. појам “инвеститор” означава

(a) у односу на Савезну Републику Њемачку:

– Нијемце у смислу Основног закона Савезне Републике Њемачке,

– свако правно лице и трговачко друштво или друго друштво или удружење са или без својства правног лица која имају сједиште на територији Савезне Републике Њемачке, било да је њихова дјелатност усмјерена на стицање добити или не,

(b) у односу на Босну и Херцеговину:

– физичка лица која су у складу са законима Босне и Херцеговине њени држављани и која у Босни и Херцеговини имају пребивалиште или своје главно мјесто пословања,

– правна лица основана у складу са законима Босне и Херцеговине и чије се сједиште, односно централна управа, налазе на територији Босне и Херцеговине;

4. појам “територија” означава

(a) у односу на Савезну Републику Њемачку:

њену територију, као и подручја искључиве економске зоне и епиконтиненталног појаса,

međunarodno pravo dopušta ostvarivanje suverenih prava ili teritorijalnih ovlasti nad tim područjima,

(b) u odnosu na Bosnu i Hercegovinu:

svu kopnenu teritoriju, njeno teritorijalno more i epikontinentalni pojas, dio ispod zemlje, te zračni prostor, uključujući bilo koju morsku zonu, na kojima Bosna i Hercegovina prema svojim propisima, usklađenim s međunarodnim pravom, vrši svoja suverena prava ili teritorijalne ovlasti.

Član 2.

Podsticanje i zaštita investicija

(1) Svaka država ugovornica će na svojoj teritoriji, koliko je to moguće, podsticati investicije investitora druge države ugovornice i dopuštati te investicije u skladu sa svojim propisima.

(2) Svaka država ugovornica će se na svojoj teritoriji prema investicijama investitora druge države u svakom slučaju odnositi pravedno i pošteno i ovim Ugovorom im pružati potpunu zaštitu.

(3) Jedna država ugovornica neće ni na koji način na svojoj teritoriji proizvoljnim ili diskriminatorskim mjerama ograničavati upravljanje, održavanje, upotrebu, korištenje ili raspolaganje investicijama investitora druge države ugovornice.

(4) Prihodi od investicije kao i novi prihodi iz njihovog ponovnog investiranja uživaju istu zaštitu kao investicija.

Član 3.

Nacionalni tretman i tretman najvećeg povlaštenja

(1) Svaka država ugovornica na svojoj teritoriji daje investicijama u vlasništvu ili pod kontrolom investitora druge države ugovornice ništa manje povoljan tretman, nego investicijama vlastitih investitora ili investitora trećih zemalja, ovisno o tome koji je povoljniji za konkretnu investiciju.

(2) Svaka država ugovornica odnosi se prema investitorima druge države ugovornice s obzirom na njihove aktivnosti u vezi s investicijama iz stava (1) ovog Člana ne manje povoljno kao i prema vlastitim investitorima ili investitorima trećih zemalja, ovisno o tome šta je povoljnije za investitora.

(3) Ovaj tretman ne odnosi se na prednosti koje jedna država ugovornica pruža investitorima trećih država na osnovu

međunarodno pravo dopušta ostvarivanje suverenih prava ili teritorijalnih ovlasti nad tim područjima,

(b) u odnosu na Bosnu i Hercegovinu:

sav kopneni teritorij, njeno teritorijalno more i epikontinentalni pojas, dio ispod zemlje, te zračni prostor, uključujući bilo koju morsku zonu, na kojima Bosna i Hercegovina prema svojim propisima, usklađenim s međunarodnim pravom, vrši svoja suverena prava ili teritorijalne ovlasti.

Članak 2.

Poticanje i zaštita investicija

(1) Svaka država ugovornica će na svojem teritoriju, koliko je to moguće, poticati investicije investitora druge države ugovornice i dopuštati te investicije sukladno svojim propisima.

(2) Svaka država ugovornica će se na svojem teritoriju prema investicijama investitora druge države u svakom slučaju odnositi pravedno i pošteno i ovim Ugovorom im pružati potpunu zaštitu.

(3) Jedna država ugovornica neće ni na koji način na svojem teritoriju proizvoljnim ili diskriminatorskim mjerama ograničavati upravljanje, održavanje, upotrebu, korištenje ili raspolaganje investicijama investitora druge države ugovornice.

(4) Prihodi od investicije kao i novi prihodi iz njihovog ponovnog investiranja uživaju istu zaštitu kao investicija.

Članak 3.

Nacionalni tretman i tretman najvećeg povlaštenja

(1) Svaka država ugovornica na svojoj teritoriji daje investicijama u vlasništvu ili pod kontrolom investitora druge države ugovornice ništa manje povoljan tretman, nego investicijama vlastitih investitora ili investitora trećih zemalja, ovisno o tome koji je povoljniji za konkretnu investiciju.

(2) Svaka država ugovornica odnosi se prema investitorima druge države ugovornice obzirom na njihove aktivnosti u svezi s investicijama iz stavka (1) ovog Članka ne manje povoljno kao i prema vlastitim investitorima ili investitorima trećih zemalja, ovisno o tome što je povoljnije za investitora.

(3) Ovaj tretman ne odnosi se na prednosti koje jedna država ugovornica pruža investitorima trećih država na temelju

уколико међународно право допушта остваривање суверених права или територијалних овласти над тим подручјима,

(b) у односу на Босну и Херцеговину:

сву копнену територију, њено територијално море и епиконтинентални појас, дио испод земље, те ваздушни простор, укључујући било коју морску зону, на којима Босна и Херцеговина према својим прописима, усклађеним с међународним правом, врши своја суверена права или територијалне овласти.

Члан 2.

Подстицање и заштита инвестиција

(1) Свака држава уговорница ће на својој територији, колико је то могуће, подстицати инвестиције инвеститора друге државе уговорнице и допуштати те инвестиције у складу са својим прописима.

(2) Свака држава уговорница ће се на својој територији према инвестицијама инвеститора друге државе у сваком случају односити праведно и поштено и овим Уговором им пружати потпуну заштиту.

(3) Једна држава уговорница неће ни на који начин на својој територији произвољним или дискриминаторским мјерама ограничавати управљање, одржавање, употребу, коришћење или располагање инвестицијама инвеститора друге државе уговорнице.

(4) Приходи од инвестиције као и нови приходи из њиховог поновног инвестирања уживају исту заштиту као инвестиција.

Члан 3.

Национални третман и третман највећег повлаштења

(1) Свака држава уговорница на својој територији даје инвестицијама у власништву или под контролом инвеститора друге државе уговорнице ништа мање повољан третман, него инвестицијама властитих инвеститора или инвеститора трећих земаља, зависно о томе који је повољнији за конкретну инвестицију.

(2) Свака држава уговорница односи се према инвеститорима друге државе уговорнице с обзиром на њихове активности у вези с инвестицијама из става (1) овог Члана не мање повољно као и према властитим инвеститорима или инвеститорима трећих земаља, зависно о томе шта је повољније за инвеститора.

(3) Овај третман не односи се на предности које једна држава уговорница пружа инвеститорима

svoga članstva u, odnosno pridruživanja, nekoj carinskoj ili ekonomskoj uniji, zajedničkom tržištu ili području slobodne trgovine.

(4) Postupanje osigurano ovim Članom ne odnosi se na povlastice koje jedna država ugovornica odobrava investitorima trećih država na osnovu ugovora o dvostrukom oporezivanju ili drugih dogovora o poreskim pitanjima.

Član 4.

Zaštita investicija i kompenzacija za eksproprijaciju

(1) Investicije investitora jedne države ugovornice uživaju na teritoriji druge države ugovornice potpunu zaštitu i punu sigurnost.

(2) Investicije investitora jedne države ugovornice smiju se na teritoriji druge države ugovornice samo radi općeg dobra i uz obeštećenje direktno ili indirektno eksproprisati, podržaviti ili podvrgnuti drugim mjerama koje se u svom ishodu izjednačavaju s eksproprijacijom ili podržavljenjem. To obeštećenje mora odgovarati vrijednosti izvlašćene investicije neposredno prije vremena kada će stvarno ili prijeteće izvlašćenje, podržavljenje ili mjera sa istim učinkom postati javno poznati. Do obeštećenja mora doći odmah i na njega se do trenutka isplate moraju obračunati kamate, prema uobičajenoj bankovnoj kamatnoj stopi, ono mora biti efektivno raspoloživo i mora se moći izvršiti slobodan transfer. Najkasnije u trenutku izvlašćenja, podržavljenja ili mjera sa istim učinkom mora se na podesan način preduzeti mjera predostrožnosti za utvrđivanje i plaćanje obeštećenja. Pravovaljanost izvlašćenja, podržavljenja ili mjera sa istim učinkom, odgovarajući postupak i visina obeštećenja moraju se moći preispitati u redovnom pravnom postupku.

(3) Investitori jedne države ugovornice koji su zbog rata, drugih oružanih sukoba, revolucije, državnog vanrednog stanja ili ustanka na teritoriji druge države ugovornice pretrpjeli gubitak investicije neće biti u pogledu restitucije, nagodbe, obeštećenja ili drugih vidova kompenzacije tretirani manje povoljno od vlastitih investitora. Takve isplate se moraju moći slobodno transferisati.

(4) U pogledu svega navedenog u ovom Članu investitori jedne države ugovornice uživaju na teritoriji druge države ugovornice tretman najvećeg povlaštenja.

svoga članstva u, odnosno pridruživanja, nekoj carinskoj ili gospodarskoj uniji, zajedničkom tržištu ili području slobodne trgovine.

(4) Postupanje osigurano ovim Člankom ne odnosi se na povlastice koje jedna država ugovornica odobrava investitorima trećih država na temelju ugovora o dvostrukom oporezivanju ili drugih dogovora o poreskim pitanjima.

Članak 4.

Zaštita investicija i kompenzacija za eksproprijaciju

(1) Investicije investitora jedne države ugovornice uživaju na teritoriju druge države ugovornice potpunu zaštitu i punu sigurnost.

(2) Investicije investitora jedne države ugovornice smiju se na teritoriju druge države ugovornice samo radi općeg dobra i uz obeštećenje direktno ili indirektno eksproprirati, podržaviti ili podvrgnuti drugim mjerama koje se u svom ishodu izjednačavaju s eksproprijacijom ili podržavljenjem. To obeštećenje mora odgovarati vrijednosti izvlašćene investicije neposredno prije vremena kad će stvarno ili prijeteće izvlašćenje, podržavljenje ili mjera sa istim učinkom postati javno poznati. Do obeštećenja mora doći odmah i na njega se do trenutka isplate moraju obračunati kamate, prema uobičajenoj bankovnoj kamatnoj stopi, ono mora biti efektivno raspoloživo i mora se moći izvršiti slobodan transfer. Najkasnije u trenutku izvlašćenja, podržavljenja ili mjera sa istim učinkom mora se na podesan način preduzeti mjera predostrožnosti za utvrđivanje i plaćanje obeštećenja. Pravovaljanost izvlašćenja, podržavljenja ili mjera sa istim učinkom, odgovarajući postupak i visina obeštećenja moraju se moći preispitati u redovnom pravnom postupku.

(3) Investitori jedne države ugovornice koji su zbog rata, drugih oružanih sukoba, revolucije, državnog izvanrednog stanja ili ustanka na teritoriju druge države ugovornice pretrpjeli gubitak investicije neće biti u pogledu restitucije, nagodbe, obeštećenja ili drugih vidova kompenziranja tretirani manje povoljno od vlastitih investitora. Takve isplate se moraju moći slobodno transferirati.

(4) U pogledu svega navedenog u ovom Članku investitori jedne države ugovornice uživaju na teritoriju druge države ugovornice tretman najvećeg povlaštenja.

трећих држава на основу свога чланства у, односно придруживања, некој царинској или економској унији, заједничком тржишту или подручју слободне трговине.

(4) Поступање осигурано овим Чланом не односи се на повластице које једна држава уговорница одобрава инвеститорима трећих држава на основу уговора о двоструком опорезивању или других договора о пореским питањима.

Члан 4.

Заштита инвестиција и компензација за експропријацију

(1) Инвестиције инвеститора једне државе уговорнице уживају на територији друге државе уговорнице потпуну заштиту и пуну сигурност.

(2) Инвестиције инвеститора једне државе уговорнице смију се на територији друге државе уговорнице само ради општег добра и уз обештећење директно или индиректно експроприсати, подржавити или подвргнути другим мјерама које се у свом исходу изједначавају с експропријацијом или подржављењем. То обештећење мора одговарати вриједности извлашћене инвестиције непосредно прије времена када ће стварно или пријетеће извлашћење, подржављење или мјера са истим учинком постати јавно познати. До обештећења мора доћи одмах и на њега се до тренутка исплате морају обрачунати камате, према уобичајеној банковној каматној стопи, оно мора бити ефективно расположиво и мора се моћи извршити слободан трансфер. Најкасније у тренутку извлашћења, подржављења или мјера са истим учинком мора се на подесан начин предузети мјера предострожности за утврђивање и плаћање обештећења. Правоваљаност извлашћења, подржављења или мјера са истим учинком, одговарајући поступак и висина обештећења морају се моћи преиспитати у редовном правном поступку.

(3) Инвеститори једне државе уговорнице који су због рата, других оружаних сукоба, револуције, државног ванредног стања или устанка на територији друге државе уговорнице претрпјели губитак инвестиције неће бити у погледу реституције, нагодбе, обештећења или других видова компензације третирани мање повољно од властитих инвеститора. Такве исплате се морају моћи слободно трансферисати.

(4) У погледу свега наведеног у овом Члану инвеститори једне државе уговорнице уживају на територији друге државе уговорнице третман највећег повлаштења.

Član 5.

Transfer

Svaka država ugovornica garantuje investitorima druge države ugovornice slobodan transfer isplata koje su u vezi s investicijom, a posebno

(a) kapitala i dodatnih iznosa za održavanje ili proširenje investicije;

(b) prihoda;

(c) za vraćanje kredita;

(d) iznosa dobijenih od potpune ili djelimične likvidacije ili prodaje investicije;

(e) obeštećenja predviđenih u Članu 4.

Član 6.

Subrogacija

Ako jedna država ugovornica izvrši isplatu svojim investitorima na osnovu garancije, koju je dala u odnosu na neku investiciju, na teritoriji druge države ugovornice, onda ova druga država ugovornica, ne šteteći pravima prvoimenovane države ugovornice iz Člana 9., priznaje prenošenje svih prava ili zahtjeva ovih investitora, po zakonu ili na osnovu pravnog posla, na prvoimenovanu državu ugovornicu. Nadalje, druga država ugovornica priznaje prvoimenovanoj državi ugovornici sticanje svih prava i zahtjeva (preneseni zahtjevi), pri čemu je prvoimenovana država ugovornica ovlaštena da ih izvršava u istom obimu kao i njen pravni predhodnik. Za transfer plaćanja po osnovu prenesenih zahtjeva, na odgovarajući način važe Član 4., stavovi (2) i (3) i Član 5.

Član 7.

Provođenje transfera

(1) Transferi prema Članu 4., stavovi (2) ili (3), Članu 5. ili Članu 6. vrše se bez odgode, po tržišnom kursu koji važi na dan transfera. „Bez odgode provedenim transferom“ smatra se onaj koji se obavi u roku koji je obično neophodan za ispunjavanje formalnosti oko transfera. Rok počinje predavanjem odgovarajućeg zahtjeva i ne smije ni u kom slučaju biti duži od dva mjeseca.

(2) Ako ne postoji devizno tržište, onda važi „cross rate“, koji se dobije na osnovu onih obračunskih kurseva koje bi Međunarodni monetarni fond u vrijeme isplate uzeo za osnovu preračuna dotične valute u specijalna prava vučenja, SDR.

Član 8.

Primjena dodatnih pravila

(1) Ako iz pravnih propisa jedne države ugovornice ili iz obaveza na osnovu

Članak 5.

Transfer

Svaka država ugovornica garantira investitorima druge države ugovornice slobodan transfer isplata koje su u svezi s investicijom, a osobito:

(a) kapitala i dodatnih iznosa za održavanje ili proširenje investicije;

(b) prihoda;

(c) za vraćanje kredita;

(d) iznosa dobijenih od potpune ili djelomične likvidacije ili prodaje investicije;

(e) obeštećenja predviđenih u Članku 4.

Članak 6.

Subrogacija

Ako jedna država ugovornica izvrši isplatu svojim investitorima na temelju garancije, koju je dala u odnosu na neku investiciju, na teritoriju druge države ugovornice, onda ova druga država ugovornica, ne šteteći pravima prvoimenovane države ugovornice iz Članka 9., priznaje prenošenje svih prava ili zahtjeva ovih investitora, po zakonu ili na temelju pravnog posla, na prvoimenovanu državu ugovornicu. Nadalje, druga država ugovornica priznaje prvoimenovanoj državi ugovornici stjecanje svih prava i zahtjeva (preneseni zahtjevi), pri čemu je prvoimenovana država ugovornica ovlaštena izvršavati ih u istom obujmu kao i njen pravni predhodnik. Za transfer plaćanja na temelju prenesenih zahtjeva, važe na odgovarajući način Članak 4., stavci (2) i (3) i Članak 5.

Članak 7.

Provođenje transfera

(1) Transferi prema Članku 4., stavci (2) ili (3), Članku 5. ili Članku 6. vrše se bez odgode, po tržišnom tečaju koji važi na dan transfera. „Bez odgode provedenim transferom“ smatra se onaj koji se obavi u roku koji je obično neophodan za ispunjavanje formalnosti oko transfera. Rok počinje predavanjem odgovarajućeg zahtjeva i ne smije ni u kom slučaju biti dulji od dva mjeseca.

(2) Ako ne postoji devizno tržište, onda važi „cross rate“, koji se dobije na temelju onih obračunskih tečajeva koje bi Međunarodni monetarni fond u vrijeme isplate uzeo po temelju preračuna dotične valute u specijalna prava vučenja, SDR.

Članak 8.

Primjena dodatnih pravila

(1) Ako iz pravnih propisa jedne države ugovornice ili iz obveza na temelju

Члан 5.

Трансфер

Свака држава уговорница гарантује инвеститорима друге државе уговорнице слободан трансфер исплата које су у вези с инвестицијом, а посебно

(a) капитала и додатних износа за одржавање или проширење инвестиције;

(b) прихода;

(c) за враћање кредита;

(d) износа добијених од потпуне или дјелимичне ликвидације или продаје инвестиције;

(e) обештећења предвиђених у Члану 4.

Члан 6.

Суброгација

Ако једна држава уговорница изврши исплату својим инвеститорима на основу гаранције, коју је дала у односу на неку инвестицију, на територији друге државе уговорнице, онда ова друга држава уговорница, не штетећи правима првоименоване државе уговорнице из Члана 9., признаје преношење свих права или захтјева ових инвеститора, по закону или на основу правног посла, на првоименовану државу уговорницу. Надаље, друга држава уговорница признаје првоименованој држави уговорници стицање свих права и захтјева (пренесени захтјеви), при чему је првоименована држава уговорница овлаштена да их извршава у истом обиму као и њен правни предходник. За трансфер плаћања по основу пренесених захтјева, важе на одговарајући начин Члан 4., ставови (2) и (3) и Члан 5.

Члан 7.

Провођење трансфера

(1) Трансфери према Члану 4., ставови (2) или (3), Члану 5. или Члану 6. врше се без одгоде, по тржишном курсу који важи на дан трансфера. "Без одгоде проведеним трансфером" сматра се онај који се обави у року који је обично неопходан за испуњавање формалности око трансфера. Рок почиње предавањем одговарајућег захтјева и не смије ни у ком случају бити дужи од два мјесеца.

(2) Ако не постоји девизно тржиште, онда важи "cross rate", који се добије на основу оних обрачунских курсева које би Међународни монетарни фонд у вријеме исплате узео за основу прерачуна дотичне валуте у специјална права вучења, SDR.

Члан 8.

Примјена додатних правила

(1) Ако из правних прописа једне државе уговорнице или из обавеза на

međunarodnog prava koje postoje ili će se u budućnosti zasnovati između država ugovornica, pored ovog Ugovora, proizišu opći ili posebni propisi po kojima se investicijama investitora druge države ugovornice treba odobriti bolji tretman nego po ovom Ugovoru, onda takvi propisi imaju prednost u odnosu na ovaj Ugovor, u mjeri u kojoj su povoljniji.

(2) Svaka država ugovornica će ispunjavati svaku drugu obavezu koju je preuzela u odnosu na investicije investitora druge države ugovornice na svojoj teritoriji.

Član 9.

Rješavanje sporova između država ugovornica

(1) Sporove između država ugovornica o tumačenju ili primjeni ovog Ugovora treba da, ukoliko je to moguće, otklone vlade obiju država ugovornica.

(2) Ako se sporovi na ovaj način ne mogu otkloniti, onda ih se mora na zahtjev jedne od država ugovornica, podnijeti arbitražnom sudu.

(3) Arbitražni sud se formira od slučaja do slučaja, tako što svaka država ugovornica postavlja jednog člana, a oba člana se onda slože oko jednog pripadnika treće države kao predsjednika, kojeg onda postavljaju vlade obiju država ugovornica. Članovi se moraju postaviti u roku od dva mjeseca, Predsjednik u roku od tri mjeseca nakon što je jedna država ugovornica saopštila drugoj državi ugovornici da spor želi iznijeti pred arbitražu.

(4) Ako se ne održe rokovi iz stava (3) onda u nedostatku drugog dogovora može svaka država ugovornica zamoliti Predsjednika Međunarodnog suda da izvrši neophodna imenovanja. Ako Predsjednik ima državljanstvo jedne od država ugovornica ili je on spriječen nekim drugim razlogom, onda imenovanja treba izvršiti Zamjenik predsjednika. Ako i Zamjenik predsjednika ima državljanstvo jedne od država ugovornica ili ako je i on spriječen, onda treba da imenovanja izvrši slijedeći po rangu član suda koji nema državljanstvo nijedne države ugovornice.

(5) Arbitražni sud odlučuje većinom glasova. Njegove odluke su obavezujuće. Svaka država ugovornica snosi troškove svoga člana kao i svog zastupanja tokom postupka pred sudom, troškove predsjednika, kao i ostale troškove dijele obje države ugovornice na jednake dijelove. Sud može donijeti odluku o drugačijem regulisanju troškova. Što se tiče ostalog, sud sam reguliše svoj postupak.

međunarodnog prava koje postoje ili će se u budućnosti zasnovati između država ugovornica, pored ovog Ugovora, proizišu opći ili posebni propisi po kojima se investicijama investitora druge države ugovornice treba odobriti bolji tretman nego po ovom Ugovoru, onda takvi propisi imaju prednost u odnosu na ovaj Ugovor, u mjeri u kojoj su povoljniji.

(2) Svaka država ugovornica ispunjavat će svaku drugu obvezu koju je preuzela u odnosu na investicije investitora druge države ugovornice na svojem teritoriju.

Članak 9.

Rješavanje sporova između država ugovornica

(1) Sporove između država ugovornica o tumačenju ili primjeni ovog Ugovora treba da, ukoliko je to moguće, otklone vlade obiju država ugovornica.

(2) Ako se sporovi na ovaj način ne mogu otkloniti, onda ih se mora na zahtjev jedne od država ugovornica, dostaviti arbitražnom sudu.

(3) Arbitražni sud se formira od slučaja do slučaja, tako što svaka država ugovornica postavlja jednog člana, a oba člana se onda slože oko jednog pripadnika treće države kao predsjednika, kojeg onda postavljaju vlade obiju država ugovornica. Članovi se moraju postaviti u roku od dva mjeseca, Predsjednik u roku od tri mjeseca nakon što je jedna država ugovornica priopćila drugoj državi ugovornici da spor želi iznijeti pred arbitražu.

(4) Ako se ne održe rokovi iz stavka (3) onda u nedostatku drugog dogovora može svaka država ugovornica zamoliti Predsjednika Međunarodnog suda da izvrši neophodna imenovanja. Ako Predsjednik ima državljanstvo jedne od država ugovornica ili je on spriječen nekim drugim razlogom, onda imenovanja treba izvršiti Zamjenik predsjednika. Ako i Zamjenik predsjednika ima državljanstvo jedne od država ugovornica ili ako je i on spriječen, onda treba da imenovanja izvrši sljedeći po rangu član suda koji nema državljanstvo niti jedne države ugovornice.

(5) Arbitražni sud odlučuje većinom glasova. Njegove odluke su obvezujuće. Svaka država ugovornica snosi troškove svoga člana kao i svog zastupanja tijekom postupka pred sudom, troškove predsjednika, kao i ostale troškove dijele obje države ugovornice na jednake dijelove. Sud može donijeti odluku o drukčijem reguliranju troškova. Što se tiče ostalog, sud sam regulira svoj postupak.

основу међународног права које постоје или ће се у будућности засновати између држава уговорница, поред овог Уговора, проистекну општи или посебни прописи по којима се инвестицијама инвеститора друге државе уговорнице треба одобрити бољи третман него по овом Уговору, онда такви прописи имају предност у односу на овај Уговор, у мјери у којој су повољнији.

(2) Свака држава уговорница ће испуњавати сваку другу обавезу коју је преузела у односу на инвестиције инвеститора друге државе уговорнице на својој територији.

Члан 9.

Рјешавање спорова између држава уговорница

(1) Спорове између држава уговорница о тумачењу или примјени овог Уговора треба да, уколико је то могуће, отклоне владе обију држава уговорница.

(2) Ако се спорови на овај начин не могу отклонити, онда их се мора на захтјев једне од држава уговорница, поднијети арбитражном суду.

(3) Арбитражни суд се формира од случаја до случаја, тако што свака држава уговорница поставља једног члана, а оба члана се онда сложе око једног припадника треће државе као предсједника, којег онда постављају владе обију држава уговорница. Чланови се морају поставити у року од два мјесеца, Предсједник у року од три мјесеца након што је једна држава уговорница саопштила другој држави уговорници да спор жели изнијети пред арбитражу.

(4) Ако се не одрже рокови из става (3) онда у недостатку другог договора може свака држава уговорница замолити Предсједника Међународног суда да изврши неопходна именовања. Ако Предсједник има држављанство једне од држава уговорница или је он спријечен неким другим разлогом, онда именовања треба извршити Замјеник предсједника. Ако и Замјеник предсједника има држављанство једне од држава уговорница или ако је и он спријечен, онда треба да именовања изврши слиједећи по рангу члан суда који нема држављанство ниједне државе уговорнице.

(5) Арбитражни суд одлучује већином гласова. Његове одлуке су обавезујуће. Свака држава уговорница сноси трошкове свога члана као и свог заступања током поступка пред судом, трошкове предсједника, као и остале трошкове дијеле обје државе уговорнице на једнаке дијелове. Суд може донијети одлуку о другачијем регулисању трошкова. Што се тиче осталог, суд сам регулише свој поступак.

Član 10.

Rješavanje sporova između jedne države ugovornice i investitora druge države ugovornice

(1) Sporovi u odnosu na investicije između jedne države ugovornice i investitora druge države ugovornice trebali bi, ukoliko je to moguće, ove strane u sporu riješiti dogovorom.

(2) Ako se spor ne može prevazići u roku od šest mjeseci od datuma kada ga je jedna od dviju strana u sporu pokrenula, tada se on mora na zahtjev investitora druge države ugovornice podvrći rješavanju u arbitražnom postupku. Ukoliko strane u sporu ne postignu drugačiji dogovor, taj spor podliježe arbitražnom postupku u okviru Konvencije o rješavanju investicijskih sporova između država i pripadnika drugih država od 18.marta 1965. godine.

(3) Arbitražna presuda je obavezujuća i ne podliježe nikakvim drugim osim pravnim sredstvima ili drugim pravnim sredstvima predviđenim u navedenoj Konvenciji. Presuda se izvršava prema unutardržavnom pravu.

(4) Država ugovornica koja sudjeluje u sporu neće za vrijeme arbitražnog postupka ili izvršenja arbitražne presude kao prigovor iznositi to da je investitor druge države ugovornice od nekog osiguranja primio obeštećenje za jedan dio štete ili cjelokupnu štetu.

Član 11.

Daljnje važenje Ugovora

Ovaj Ugovor vrijedi bez obzira na to da li između država ugovornica postoje diplomatski ili konzularni odnosi.

Član 12.

Protokol

Priloženi Protokol je sastavni dio ovog Ugovora.

Član 13.

Stupanje na snagu, trajanje i prestanak Ugovora

(1) Ovom Ugovoru je potrebna ratifikacija; ratifikacioni dokumenti će se razmijeniti što je prije moguće.

(2) Ovaj Ugovor stupa na snagu mjesec dana nakon razmjene ratifikacionih dokumenata. On ostaje na snazi deset godina. Nakon isteka tog perioda trajanje Ugovora se produžava na neodređeno vrijeme, ukoliko neka država ugovornica pismeno ne otkaže Ugovor u periodu od dvanaest mjeseci prije isteka. Nakon protoka deset

Članak 10.

Rješavanje sporova između jedne države ugovornice i investitora druge države ugovornice

(1) Sporovi u odnosu na investicije između jedne države ugovornice i investitora druge države ugovornice trebali bi, ukoliko je to moguće, ove strane u sporu riješiti dogovorom.

(2) Ako se spor ne može prevazići u roku od šest mjeseci od datuma kada ga je jedna od dviju strana u sporu pokrenula, tada se on mora na zahtjev investitora druge države ugovornice podvrći rješavanju u arbitražnom postupku. Ukoliko strane u sporu ne postignu drukčiji dogovor, taj spor podliježe arbitražnom postupku u okviru Konvencije o rješavanju investicionih sporova između država i pripadnika drugih država od 18. ožujka 1965. godine.

(3) Arbitražna presuda je obvezujuća i ne podliježe nikakvim drugim osim pravnim sredstvima ili drugim pravnim sredstvima predviđenim u navedenoj Konvenciji. Presuda se izvršava prema unutardržavnom pravu.

(4) Država ugovornica koja sudjeluje u sporu neće za vrijeme arbitražnog postupka ili izvršenja arbitražne presude kao prigovor iznositi to da je investitor druge države ugovornice od nekog osiguranja primio obeštećenje za jedan dio štete ili cjelokupnu štetu.

Članak 11.

Daljnje važenje Ugovora

Ovaj Ugovor vrijedi bez obzira na to da li između država ugovornica postoje diplomatski ili konzularni odnosi.

Članak 12.

Protokol

Priloženi Protokol je sastavni dio ovog Ugovora.

Članak 13.

Stupanje na snagu, trajanje i prestanak Ugovora

(1) Ovom Ugovoru je potrebna ratifikacija; ratifikacioni dokumenti će se razmijeniti što je prije moguće.

(2) Ovaj Ugovor stupa na snagu mjesec dana nakon razmjene ratifikacionih dokumenata. On ostaje na snazi deset godina. Nakon isteka tog perioda trajanje Ugovora se produžava na neodređeno vrijeme, ukoliko neka država ugovornica pismeno ne otkaže Ugovor u periodu od dvanaest mjeseci prije isteka. Nakon isteka deset

Члан 10.

Рјешавање спорова између једне државе уговорнице и инвеститора друге државе уговорнице

(1) Спорови у односу на инвестиције између једне државе уговорнице и инвеститора друге државе уговорнице требали би, уколико је то могуће, ове стране у спору ријешити договором.

(2) Ако се спор не може превазићи у року од шест мјесеци од датума када га је једна од двију страна у спору покренула, тада се он мора на захтјев инвеститора друге државе уговорнице подврћи рјешавању у арбитражном поступку. Уколико стране у спору не постигну другачији договор, тај спор подлијеже арбитражном поступку у оквиру Конвенције о рјешавању инвестицијских спорова између држава и припадника других држава од 18. марта 1965. године.

(3) Арбитражна пресуда је обавезујућа и не подлијеже никаквим другим осим правним средствима или другим правним средствима предвиђеним у наведеној Конвенцији. Пресуда се извршава према унутардржавном праву.

(4) Држава уговорница која судјелује у спору неће за вријеме арбитражног поступка или извршења арбитражне пресуде као приговор износити то да је инвеститор друге државе уговорнице од неког осигурања примио обештећење за један дио штете или цјелокупну штету.

Члан 11.

Даље важење Уговора

Овај Уговор вриједи без обзира на то да ли између држава уговорница постоје дипломатски или конзуларни односи.

Члан 12.

Протокол

Приложени Протокол је саставни дио овог Уговора.

Члан 13.

Ступање на снагу, трајање и престанак Уговора

(1) Овом Уговору је потребна ратификација; ратификациони документи размијениће се што је прије могуће.

(2) Овај Уговор ступа на снагу мјесец дана након размјене ратификационих докумената. Он остаје на снази десет година. Након истека тог периода трајање Уговора се продужава на неодређено вријеме, уколико нека држава уговорница писмено не откаже Уговор у периоду од дванеаст мјесеци

godina Ugovor se može otkazati u svako doba, uz otkazni rok od dvanaest mjeseci. Sa stupanjem na snagu ovog Ugovora, Sporazum od 10. jula 1989. godine između Savezne Republike Njemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o uzajamnoj zaštiti i podsticanju investicija u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku i Bosnu i Hercegovinu, prestaje važiti.

(3) Odredbe ovog Ugovora od dana njegovog stupanja na snagu, važe i za investicije koje su uživale zaštitu po Sporazumu od 10. jula 1989. godine između Savezne Republike Njemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o uzajamnoj zaštiti i podsticanju investicija.

(4) Poslije otkaza ovog Ugovora za investicije koje su izvršene do vremena isteka ovog Ugovora, važe predhodni članovi još dvadeset slijedećih godina od dana njegovog isteka.

Sačinjeno u Berlinu, dana 18. listopada 2001. u dva originala, svaki na njemačkom, bosanskom/hrvatskom/srpskom i engleskom jeziku, pri čemu je svaki tekst vjerodostojan. U slučaju različitog tumačenja njemačkog i bosanskog/hrvatskog/srpskog teksta, engleski tekst je mjerodavan.

godina Ugovor se može otkazati u svako doba, uz otkazni rok od dvanaest mjeseci. Stupanjem na snagu ovog Ugovora, Sporazum od 10. srpnja 1989. godine između Savezne Republike Njemačke i Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije o uzajamnoj zaštiti i poticanju investicija u odnosu na Saveznu Republiku Njemačku i Bosnu i Hercegovinu, prestaje vrijediti.

(3) Odredbe ovog Ugovora od dana njegovog stupanja na snagu, vrijede i za investicije koje su uživale zaštitu po Sporazumu od 10. srpnja 1989. godine između Socijalističke Federativne Republike Jugoslavije i Savezne Republike Njemačke o uzajamnoj zaštiti i poticanju investicija.

(4) Poslije otkaza ovog Ugovora za investicije koje su izvršene do vremena isteka ovog Ugovora, vrijede predhodni članci još dvadeset sljedećih godina od dana njegova isteka.

Sačinjeno u Berlinu, dana 18. oktobra 2001. u dva originala, svaki na njemačkom, bosanskom/hrvatskom/srpskom i engleskom jeziku, pri čemu je svaki tekst vjerodostojan. U slučaju različitog tumačenja njemačkog i bosanskog/hrvatskog/srpskog teksta, engleski tekst je mjerodavan

прије истека. Након протока десет година Уговор се може отказати у свако доба, уз отказни рок од дванаест мјесеци. Са ступањем на снагу овог Уговора, Споразум од 10. јула 1989. године између Савезне Републике Њемачке и Социјалистичке Федеративне Републике Југославије о узајамној заштити и подстицању инвестиција у односу на Савезну Републику Њемачку и Босну и Херцеговину, престаје важити.

(3) Одредбе овог Уговора од дана његовог ступања на снагу, важе и за инвестиције које су уживале заштиту по Споразуму од 10. јула 1989. године између Савезне Републике Њемачке и Социјалистичке Федеративне Републике Југославије о узајамној заштити и подстицању инвестиција.

(4) Послије отказа овог Уговора за инвестиције које су извршене до времена истека овог Уговора, важе предходни чланови још двадесет слиједећих година од дана његовог истека.

Сачињено у Берлину, дана 18. октобра 2001. у два оригинала, сваки на њемачком, босанском/хрватском/ српском и енглеском језику, при чему је сваки текст вјеродостојан. У случају различитог тумачења њемачког и босанског/хрватског/српског текста, енглески текст је мјеродаван.

Za Saveznu Republiku Njemačku
Za Saveznu Republiku Njemačku
За Савезну Републику Њемачку
Jürgen Chrobog

Za Bosnu i Hercegovinu
Za Bosnu i Hercegovinu
За Босну и Херцеговину
Zlatko Lagumdzija

Protokol
uz Ugovor
između Savezne Republike Njemačke
i Bosne i Hercegovine
o podsticanju i međusobnoj zaštiti investicija

Prilikom potpisivanja Ugovora između Savezne Republike Njemačke i Bosne i Hercegovine o podsticanju i međusobnoj zaštiti investicija, opunomoćenici, primjereno za to ovlašteni, dogovorili su se osim toga oko slijedećih odredbi koje važe kao sastavni dio Ugovora:

(1) Uz Član 1.

Ne šteteći ostalim postupcima za utvrđivanje državljanstva, državljaninom jedne države ugovornice smatra se naročito svako lice koje ima pasoš izdat od nadležnih organa dotične države ugovornice.

(2) Uz Član 3.

(a) Kao „aktivnost“ u smislu Člana 3., stav (2), smatra se prvenstveno, ali ne i isključivo, upravljanje, održavanje, upotreba, korištenje i raspolaganje investicijom. „Manje povoljnijim“ tretmanom u smislu Člana 3. posebno se smatra: različit tretman u slučaju ograničenja nabavke sirovina i pomoćnih sredstava, energije i goriva kao i proizvodnih i pogonskih sredstava svake vrste, različit tretman u slučaju ometanja plasmana proizvoda u zemlji i u inostranstvu, kao i druge mjere sličnog djelovanja. Mjere koje se donose iz razloga javne bezbijednosti i reda, zdravlja stanovništva ili morala, ne smatraju se „manje povoljnim“ tretmanom u smislu Člana 3.

(b) Odredbe Člana 3. ne obavezuju jednu državu ugovornicu da poreske povlastice i oslobađanja koja se odobravaju prema poreznim zakonima samo investitorima nastanjenim na njenoj teritoriji

Protokol
uz Ugovor
između Savezne Republike Njemačke
i Bosne Hercegovine
o poticanju i međusobnoj zaštiti investicija

Prilikom potpisivanja Ugovora između Savezne Republike Njemačke i Bosne i Hercegovine o poticanju i međusobnoj zaštiti investicija, opunomoćenici, primjereno za to ovlašteni, dogovorili su se osim toga oko sljedećih odredaba koje vrijede kao sastavni dio Ugovora:

(1) Uz Članak 1.

Ne šteteći ostalim postupcima za utvrđivanje državljanstva, državljaninom jedne države ugovornice smatra se naročito svaka osoba koja ima putovnicu izdatu od nadležnih organa dotične države ugovornice.

(2) Uz Članak 3.

(a) Kao „aktivnost“ u smislu Članka 3., stavka (2), smatra se prvenstveno, ali ne i isključivo, upravljanje, održavanje, uporaba, korištenje i raspolaganje investicijom. „Manje povoljnijim“ tretmanom u smislu Članka 3. osobito se smatra: različit tretman u slučaju ograničenja nabave sirovina i pomoćnih sredstava, energije i goriva kao i proizvodnih i pogonskih sredstava svake vrste, različit tretman u slučaju smetnji plasmana proizvoda u zemlji i u inozemstvu, kao i druge mjere sličnog djelovanja. Mjere koje se donose radi javne sigurnosti i reda, zdravlja stanovništva ili morala, ne smatraju se „manje povoljnim“ tretmanom u smislu Članka 3.

(b) Odredbe Članka 3. ne obvezuju jednu državu ugovornicu da poreske povlastice i oslobađanja koja se odobravaju prema poreznim zakonima samo inve-

Протокол
уз Уговор
између Савезне Републике Њемачке
и Босне и Херцеговине
подстицању и међусобној заштити инвестиција

Приликом потписивања Уговора између Савезне Републике Њемачке и Босне и Херцеговине о подстицању и међусобној заштити инвестиција, опуномоћеници, примјерено за то овлаштени, договорили су се осим тога око слиједећих одредби које важе као саставни дио Уговора:

(1) Уз Члан 1.

Не штетећи осталим поступцима за утврђивање држављанства, држављанином једне државе уговорнице сматра се свако лице које има пасош издат од надлежних органа дотичне државе уговорнице.

(2) Уз Члан 3.

(a) Као “активност” у смислу Члана 3., став (2), сматра се првенствено, али не и искључиво, управљање, одржавање, употреба, кориштење и располагање инвестицијом. “Мање повољнијим” третманом у смислу Члана 3. посебно се сматра: различит третман у случају ограничења набавке сировина и помоћних средстава, енергије и горива као и производних и погонских средстава сваке врсте, различит третман у случају ометања у пласману производа у земљи и у иностранству, као и друге мјере сличног дјеловања. Мјере које се доносе из разлога јавне безбједности и реда, здравља становништва или морала, не сматрају се “мање повољним” третманом у смислу Члана 3.

(b) Одредбе Члана 3. не обавезују једну државу уговорницу да пореске повластице и ослобаћања која се одобравају према порезним

proširi i na investitore nastanjene na teritoriji druge države ugovornice.

(c) Države ugovornice će u okviru svojih unutrašnjih pravnih propisa susretljivo ispitati zahtjeve za ulazak u zemlju i boravak lica jedne države ugovornice koja u vezi s nekom investicijom želi doputovati na teritoriju druge države ugovornice; isto važi i za radnike jedne države ugovornice koji u vezi s nekom investicijom žele doputovati na teritoriju druge države ugovornice i da tamo borave kako bi radili kao radnici. I zahtjevi za dodjelu radnih dozvola ispituju se susretljivo.

(3) Uz Član 5.

Član 5. tačka (c), ne odnosi se na komercijalne kredite.

(4) Prilikom prijevoza roba i lica koji su u vezi sa investicijom, jedna država ugovornica neće niti isključivati niti spriječavati transportna preduzeća druge države ugovornice, i ukoliko je potrebno dodjeljivat će im koncesije za obavljanje prijevoza ne šteteći odgovarajućim bilateralnim i multilateralnim sporazumima koji obavezuju obje države ugovornice.

stitorima nastanjenim na njenom teritoriju, proširi i na investitore nastanjene na teritoriju druge države ugovornice.

(c) Države ugovornice će u okviru svojih unutarnjih pravnih propisa susretljivo ispitati zahtjeve za ulazak u zemlju i boravak osoba jedne države ugovornice koje u svezi s nekom investicijom žele doputovati na teritorij druge države ugovornice; isto vrijedi i za radnike jedne države ugovornice koji u svezi s nekom investicijom žele doputovati na teritorij druge države ugovornice i tamo boraviti kako bi radili kao radnici. I zahtjevi za dodjelu radnih dozvola ispituju se susretljivo.

(3) Uz Članak 5.

Članak 5. točka (c), ne odnosi se na komercijalne kredite.

(4) Prigodom prijevoza roba i osoba koje su u svezi s investicijom jedna država ugovornica neće niti isključivati niti spriječavati transportna poduzeća druge države ugovornice, i ukoliko je potrebno dodjeljivaće im koncesije za obavljanje prijevoza ne šteteći odgovarajućim bilateralnim i multilateralnim sporazumima koji obvezuju obje države ugovornice.

законима само инвеститорима настањеним на њеној територији прошири и на инвеститоре настањене на територији друге државе уговорнице.

(c) Државе уговорнице ће у оквиру својих унутрашњих правних прописа сусретљиво испитати захтјеве за улазак у земљу и боравак лица једне државе уговорнице која у вези с неком инвестицијом жели допутовати на територију друге државе уговорнице; исто важи и за раднике једне државе уговорнице који у вези с неком инвестицијом желе допутовати на територију друге државе уговорнице и да тамо бораве како би радили као радници. И захтјеви за додјелу радних дозвола испитују се сусретљиво.

(3) Уз Члан 5.

Члан 5. тачка (c), не односи се на комерцијалне кредите.

(4) Приликом пријевоза роба и лица који су у вези са инвестицијом, једна држава уговорница неће нити искључивати нити спрјечавати транспортна предузећа друге државе уговорнице, и уколико је потребно додјељиваће им концесије за обављање превоза не штетећи одговарајућим билатералним и мултилатералним споразумима који обавезују обје државе уговорнице.

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungs- und Reformländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in diesen Ländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluss von Investitionsförderungsverträgen. Sie dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in den o.g. Ländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Der Vertrag mit Bosnien und Herzegowina ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bosnien und Herzegowina entspricht im Wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage entsprechender Verträge mit anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ist.

II. Besonderes

Der Vertrag besteht aus 13 Artikeln; ihm ist ein Protokoll beigefügt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlagen“, „Erträge“, „Investor“ und „Hoheitsgebiet“.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungs- und Zulassungsklausel sowie das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Kapitalanlagen sowie deren Erträge genießen gleichermaßen den vollen Schutz des Vertrags. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren.

Zu Artikel 3

In Artikel 3 ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. Danach dürfen vorgenommene Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandelt werden als eigene Kapitalanlagen oder solche dritter Staaten. In Protokollnummer 2 Buchstabe a werden einige Beispiele einer unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 2 Buchstabe b stellt klar, dass die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen nur an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 2 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel zur Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitsgenehmigung im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Eigentumsschutz, die Entschädigungspflicht im Falle einer Enteignung und den ordentlichen Rechtsweg zur Überprüfung von Enteignungsmaßnahmen. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge von Krieg und ähnlichen Ereignissen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Der Artikel enthält das Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen. Protokollnummer 3 stellt klar, dass sich die Rückzahlung von Darlehen nicht auf kommerzielle Kredite bezieht.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation, wonach die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie die auf sie übergegangenen Rechte des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Die Vorschrift enthält Bestimmungen über den anzuwendenden Wechselkurs und die Feststellung des Kreuzkurses sowie Bestimmungen über das Transferverfahren und die dabei zu beachtende Frist.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund von völkerrechtlichen Verpflichtungen, gehen dem Vertrag vor (Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsstaaten zu, dass sie gegenüber dem Investor übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Die Bestimmung sieht ein Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor. Können diese nicht binnen einer Frist von sechs Monaten gütlich beigelegt werden, hat der Investor das Recht, den Streit durch ein im Rahmen des Übereinkommens vom

18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten zu bildendes Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Der Schiedsspruch ist bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Zu Artikel 11

Die Bestimmung enthält eine Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 12

Die Bestimmung stellt klar, dass das beigefügte Protokoll Bestandteil des Vertrags ist.

Zu Artikel 13

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Ferner enthält der Artikel Vorschriften über die Geltungsdauer des Vertrags, seine Kündigung sowie den nachwirkenden Rechtsschutz nach erfolgter Kündigung. Es wird außerdem festgelegt, dass mit Inkrafttreten dieses Vertrags der bisher geltende Vertrag vom 10. Juli 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zu Bosnien und Herzegowina außer Kraft tritt und dass die bisher unter dessen Schutz fallenden Kapitalanlagen in den Geltungsbereich des neuen Vertrags übergehen.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 4 ein Diskriminierungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 340, Telefax (02 21) 97 66 344
ISSN 0722-8333